

NEWS

DROHENDER EIGENTUMSVERLUST INFOLGE ABSCHAFFUNG DER INHABERAKTIEN: KLÄREN SIE RASCH, OB HANDLUNGSBEDARF BESTEHT

Um was geht es?

Die Eigentumsrechte einer beträchtlichen Anzahl von Unternehmen in der Schweiz – vom Grosskonzern bis zum KMU – sind heute nach wie vor in Inhaberaktien verbrieft. In wenigen Monaten werden Inhaberaktien nur noch zulässig sein, wenn sie von börsenkotierten Gesellschaften ausgegeben oder als Bucheffekten geführt werden. 18 Monate nach Inkrafttreten des neuen Rechts erfolgt eine automatische Umwandlung von bisherigen Inhaberaktien in Namenaktien. Diese kann für Aktionäre, welche ihre Meldepflichten nicht rechtzeitig erfüllen bzw. ihre Eintragung nicht rechtzeitig beantragen, zum Verlust ihrer Aktionärsstellung führen – in der Regel entschädigungslos.

Wer ist betroffen?

Jeder Aktionär und jedes Verwaltungsratsmitglied einer Gesellschaft mit Sitz in der Schweiz, die Inhaberaktien ausgegeben hat, in besonderem Masse die Verwaltungsratspräsidenten solcher Gesellschaften, da sie die Umsetzung der zu treffenden Massnahmen anzustossen haben.

Was ist zu tun?

Verwaltungsräte

Verwaltungsräte sollten prüfen lassen, ob ihre Gesellschaft berechtigt ist, ihre Inhaberaktien nach Inkrafttreten des neuen Rechts beizubehalten, da sie börsenkotiert ist oder die Inhaberaktien als Bucheffekten führt. Gegebenenfalls ist innert 18 Monaten nach Inkrafttreten des neuen Rechts eine Anmeldung des Ausnahmetatbestandes beim zuständigen Handelsregister vorzunehmen (Art. 622 Abs. 1bis revOR).

Am 19. Juni 2019 einigten sich National- und Ständerat über die Abschaffung der Inhaberaktien und die Regeln dazu. Inskünftig werden Inhaberaktien nur noch bei Gesellschaften erlaubt sein, die an der Börse kotiert sind oder deren Aktien als Bucheffekten geführt werden. Die überwiegende Anzahl der Aktiengesellschaften mit Inhaberaktien wird gezwungen sein, ihre Inhaberaktien in Namenaktien umzuwandeln. Im Unterlassungsfalle erfolgt die Umwandlung automatisch.

Damit soll verhindert werden, dass die Schweiz auf einer „schwarzen Liste“ landet. Allerdings führen die neuen Regelungen dazu, dass zahlreichen Inhaberaktionären ein Eigentumsverlust droht. Die neuen Bestimmungen dürften auf den 1. Januar 2020 in Kraft treten.

In aller Regel dürfte weder ein Ausnahmetatbestand gegeben sein, noch eine Führung der Inhaberaktien als Bucheffekten in Frage kommen, bspw. da gewisse Inhaberaktionäre der Gesellschaft nicht bekannt sind. Diesfalls sollten betroffene Verwaltungsräte prüfen, ob sich eine Umwandlung von Inhaber- in Namenaktien noch vor Inkrafttreten des neuen Rechts umsetzen lässt (d.h. voraus sichtlich bis 31. Dezember 2019), um die Anwendbarkeit des neuen Rechts, das zur Verwirkung von Eigentumsrechten von Inhaberaktionären führen kann, möglichst zu vermeiden (zumindest lässt der Wortlaut der anwendbaren Übergangsbestimmung zum revOR eine entsprechende Argumentation zu).

Lässt sich eine Umwandlung von Inhaberaktien in Namenaktien vor Inkrafttreten des neuen Rechts nicht umsetzen und kommt keine Führung der Inhaberaktien als Bucheffekten in Betracht, so sollte die Umwandlung innert 18 Monaten nach Inkrafttreten des neuen Rechts vorgenommen werden, um die unschöne Auswirkung einer nach 18 Monaten von Gesetzes wegen stattfindenden automatischen Umwandlung zu vermeiden (Art. 4 Abs. 1 der Übergangsbestimmungen zum revOR).

Zudem sind die Aktienbücher bzw. die Verzeichnisse über die wirtschaftlich Berechtigten im Einklang mit dem neuen Recht zu führen, insbesondere durch Eintragung der bisherigen Inhaberaktionäre, die ihre Meldepflicht erfüllt haben, ins Aktienbuch. Dabei dürften die seit dem 1. Juli 2015 vorgeschriebenen Verzeichnisse der Inhaberaktionäre als Grundlage dienen, wobei eine beträchtliche

Anzahl solcher Verzeichnisse mangels erfolgter Meldungen nicht vollständig ist. Eine Nichteinhaltung dieser Pflichten kann strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen (Art. 327a revStGB) und zu einem Organisationsmangel führen (Art. 731b Abs. 1 und 1bis revOR).

Aktionäre

Jeder Inhaberaktionär sollte prüfen, ob die gemäss Art. 697i/j OR erforderlichen Meldungen (betreffend Inhaberaktionärsstellung und ggf. der wirtschaftlich Berechtigten) an die Gesellschaft korrekt erfolgt sind und im Einklang mit den neuen Bestimmungen stehen, diese erforderlichenfalls möglichst umgehend nachholen und von der Gesellschaft eine entsprechende schriftliche Bestätigung verlangen. Bei Nichteinhaltung dieser Pflichten droht ein Verlust der Vermögens- und Stimmrechte (Art. 697m OR) und überdies eine Busse (Art. 327 revStGB).

Erfolgt die Meldung verspätet, so muss innert fünf Jahren nach Inkrafttreten des neuen Rechts die Eintragung in das Aktienbuch der Gesellschaft auf gerichtlichem Weg beantragt und die Aktionärsstellung nachgewiesen werden, was die Zustimmung der Gesellschaft voraussetzt und unnötig beschwerlich ist (der Antragssteller trägt die Gerichtskosten). Verpasst es ein Inhaberaktionär, innert dieser Fünfjahresfrist die Eintragung beim Gericht zu beantragen, so verliert er seine Aktionärsstellung mit unmittelbarer Wirkung,

d.h. seine Inhaberaktien werden nichtig und mit eigenen Aktien der Gesellschaft ersetzt (Art. 8 der Übergangsbestimmungen zum revOR); die erfolgreiche Geltendmachung eines Schadenersatzanspruches gegenüber der Gesellschaft dürfte äusserst schwierig sein.

Was sind die Hintergründe?

Es geht um die Umsetzung von Empfehlungen des Global Forum on Transparency and Exchange of Information for Tax Purposes der OECD. Dies vor dem Hintergrund der bereits im Jahr 2015 erfolgten – technisch missglückten – Umsetzung von Empfehlungen der Group d'action financière (GAFI) bzw. des Global Forum und mit dem Ziel, in der nächsten Runde der Peer Reviews des Global Forum akzeptabel abzuschneiden bzw. zu vermeiden, dass andere Staaten Defensivmassnahmen gegen die Schweiz ergreifen.

Betroffen von den neuen Regelungen sind gemäss Botschaft des Bundesrates immerhin knapp 57'000 Aktiengesellschaften bzw. deren Aktionäre, die der Gefahr eines – rechtsstaatlich bedenklichen – Eigentumsverlusts ausgesetzt sind, wenn sie nicht rechtzeitig die erforderlichen Massnahmen ergreifen. Die Referendumsfrist läuft noch bis 10. Oktober 2019, es ist allerdings mit keinem Referendum zu rechnen, was wohl ein Inkrafttreten der neuen Regelungen zum 1. Januar 2020 zur Folge haben dürfte.

Bei Fragen oder Unklarheiten wenden Sie sich bitte an Ihre Kontaktperson bei BianchiSchwald.



STEFAN SCHERRER
Rechtsanwalt, Dr. iur.
Managing Associate | Zürich



ANDREAS SUTER
Rechtsanwalt, M.A. HSG
Associate | Zürich

BIANCHISCHWALD GMBH
mail@bianchischwald.ch
bianchischwald.ch

GENÈ
5, rue Jacques-Balmat
Postfach 5839
CH-1211 Genf 11
T +41 58 220 36 00
F +41 58 220 36 01

ZÜRICH
St. Annagasse 9
Postfach 1162
CH-8021 Zürich
T +41 58 220 37 00
F +41 58 220 37 01

LAUSANNE
12, avenue des Toises
Postfach 5410
CH-1002 Lausanne
T +41 58 220 36 70
F +41 58 220 36 71

BERN
Elfenstrasse 19
Postfach 133
CH-3000 Bern 15
T +41 58 220 37 70
F +41 58 220 37 71

NEWS

IMMINENT LOSS OF OWNERSHIP RIGHTS DUE TO ABOLISHMENT OF BEARER SHARES: CHECK IF THERE IS A NEED FOR ACTION

What is it about?

The shares of a considerable number of companies in Switzerland – from international groups to SMEs – are issued as bearer shares. In a few months' time, bearer shares will only be permitted if they are issued by publicly listed companies or held as intermediated securities. 18 months after the new law comes into force, existing bearer shares will automatically convert into registered shares. This can lead to a loss of shareholder status for shareholders who did not timely fulfil their reporting obligations or apply for registration – in most cases it will not be possible to obtain a compensation for such loss.

Who is affected?

Every shareholder and every member of the board of directors of a company with registered office in Switzerland that has issued bearer shares is affected by the new legislation, in particular the chairmen of such companies, as they are responsible for initiating the implementation of the measures to be taken.

What needs to be done?

Board Members

Board members should check if their company is entitled to keep its bearer shares after the entering into force of the new law due to a stock exchange listing or because it holds the bearer shares as intermediated securities. If applicable, the exemption must be notified to the relevant commercial registry within 18 months of the entering into force of the new rules (Art. 622 para. 1bis revCO).

On 19 June 2019, both chambers of the Swiss Parliament agreed on the abolishment of bearer shares and the rules governing this process. Upon the entering into force of these rules, bearer shares will only be permitted in companies that are listed on a stock exchange or whose shares are held as intermediated securities. The majority of companies with bearer shares will be forced to convert their bearer shares into registered shares. In the event of an omission, the conversion will take place automatically. The new rules aim at preventing Switzerland from ending up on a "black list". As a result, many holders of bearer shares are threatened with a loss of ownership rights. The new rules are expected to enter into force on 1 January 2020.

In most cases there will be neither an exemption nor the possibility of keeping bearer shares as intermediated securities, e.g., because certain bearer shareholders are unknown to the company. In this case, the board should examine if a conversion of bearer shares into registered shares can be implemented before the new rules enter into force (i.e. presumably by 31 December 2019) in order to avoid as far as possible the applicability of the new rules (at least the wording of the applicable transitional provision of the new law permits a corresponding argumentation).

If a conversion of bearer shares into registered shares cannot be implemented before the new rules enter into force and if the bearer shares cannot be held as intermediated securities, the conversion should be carried out within 18 months of the new rules coming into force in order to avoid the unpleasant publicity of an automatic conversion taking place after 18 months by law (art. 4 para. 1 of the transitional provisions of the revCO).

In addition, the share registers and the registers of beneficial owners must be kept in accordance with the new law, in particular by registering the shareholders who have fulfilled their reporting obligations. The registers of bearer shareholders required to be kept since 1 July 2015 may serve as a basis for this, although a considerable number of such registers are not complete due to a lack of notifications. Failure to comply with these obligations may result in criminal penalties (art. 327a of the revised Criminal Code) and measures imposed due to a lack in the corporate organization (art. 731b para. 1 and 1bis revCO).

Shareholders

Each bearer shareholder should check whether the notifications required under art. 697i/j of the Swiss Code of Obligations (regarding the status of bearer shareholder and, if applicable, the beneficial owners) have been made correctly and in accordance with the new provisions, if necessary make them up as soon as possible and request a written confirmation from the company. Failure to comply with these obligations may result in a loss of rights (art. 697m CO) and a fine (art. 327 of the revised Criminal Code).

If the notification is delayed, the entry in the company's share register must be applied for by court order within five years of the new rules coming into force and the shareholder status must be proven, which requires the consent of the company and is unnecessarily burdensome (the applicant bears the court costs). If a bearer shareholder fails to apply for registration with the court within this five-year period, it loses its shareholder status with immediate effect, i.e. its bearer shares are null and void and replaced with own shares of the company (art. 8 of the transitional provisions to the revCO); it will likely be enormously difficult to successfully claim for damages against the company in such a scenario.

What is the background?

It is about the implementation of recommendations of the Global Forum on Transparency and Exchange of Information for Tax Purposes of the OECD against the background of the - technically weak - implementation of the recommendations of the Financial Action Task Force (FATF) and the Global Forum in 2015 with the aim of achieving acceptable results in the next round of peer reviews of the Global Forum, thereby preventing other countries from taking defensive measures against Switzerland.

According to the Federal Council, almost 57,000 companies and their shareholders are affected by the new regulations and exposed to the risk of a loss of ownership if they do not timely take the necessary measures. The referendum period will run until 10 October 2019, but no referendum is expected, which probably results in the new regulations entering into force on 1 January 2020.

Please do not hesitate to approach your BianchiSchwald contact person in case of questions.



STEFAN SCHERRER
Attorney-at-Law, Dr. iur.
Managing Associate | Zurich



ANDREAS SUTER
Attorney-at-Law, M.A. HSG
Associate | Zurich

BIANCHISCHWALD LLC
mail@bianchischwald.ch
bianchischwald.ch

GENEVA
5, rue Jacques-Balmat
PO. Box 5839
CH-1211 Geneva 11
T +41 58 220 36 00
F +41 58 220 36 01

ZURICH
St. Annagasse 9
PO. Box 1162
CH-8021 Zurich
T +41 58 220 37 00
F +41 58 220 37 01

LAUSANNE
12, avenue des Toises
PO. Box 5410
CH-1002 Lausanne
T +41 58 220 36 70
F +41 58 220 36 71

BERN
Elfenstrasse 19
PO. Box 133
CH-3000 Bern 15
T +41 58 220 37 70
F +41 58 220 37 71